



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Herr Jochen Hartloff, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Neneh.Braum@mffjiv.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5670

- 3. APR. 2019

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und
Verbraucherschutz am 21.03.19**

TOP 8 „Dem demographischen Wandel familienpolitisch begegnen“;
Antrag der AfD-Fraktion nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/4484 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz habe ich zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu TOP 8 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und sende Ihnen den beigefügten Sprechvermerk zu.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Dr. Christiane Rohleder

Staatssekretärin

Anlage



Anlage

Sitzung des Ausschusses für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 21.03.19

TOP 8 „Dem demographischen Wandel familienpolitisch begegnen“;

Antrag der AfD-Fraktion nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/4484 -

Sprechvermerk

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zunächst möchte ich vorausstellen, dass ich die positiv konnotierte Erwähnung der „pro-natalistischen Geburtenpolitik Ungarns“ befremdlich finde. Googelt man (am 15.3.19) „Geburtenpolitik Ungarn“, führt der dritte Link zu einer Seite des Dritten Wegs. Dort heißt es – ich zitiere ausschnittsweise – „Ungarns Ministerpräsident Orban möchte dem Geburtenrückgang in Ungarn den Kampf ansagen und hat dazu ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das mittels finanzieller Anreize mehr Ungarinnen dazu bewegen soll, Kinder zu gebären. (...)“. Es folgt eine Darstellung der Maßnahmen und dann: „So revolutionär und neu diese Ideen auch klingen mögen, so entspringen sie in erster Linie nicht Orbans Initiative, sondern gehen auf ein Konzept zurück, das die national-sozialistische Regierung in Deutschland bereits in den 30ern Jahren erfolgreich angewandt hat. Am 1. Juni 1933 wurde durch das Reichskabinett das „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ beschlossen. (...)“. Es folgt die Darstellung ähnlicher Maßnahmen und deren positive Wertung.

Insofern wird es niemanden überraschen, dass sich die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht an solchen Vorbildern orientiert.



Die Landesregierung hat die vielfältigen Herausforderungen und Chancen der Bevölkerungsentwicklung schon lange im Blick und hat daher auch eine Demografie-strategie entwickelt. Im Rahmen einer breit angelegten Strategie spielt natürlich auch Einwanderung eine Rolle. Einwanderung ist dabei ein Element unter vielen, um mit den Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, um-zugehen. Schon in der Vergangenheit haben Menschen mit Migrationshintergrund viel zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung in Rheinland-Pfalz bei-getragen. Ohne Zugewanderte wäre Rheinland-Pfalz heute nicht das erfolgreiche Land, das es in vielerlei Hinsicht ist. Einwanderung wird auch weiter dazu beitragen, dass Rheinland-Pfalz als Land zukunftsfähig bleibt. Um es noch einmal klar zu sagen: Zuwanderung ist ein Aspekt, nicht der einzige und nicht der vorrangige. Insofern sind die Ausführungen in der Antragsbegründung, dass Ministerin Spiegel die Auffassung vertreten würde, den demografischen Trend vor allem mit Zuwanderung kompensieren zu können, falsch.

Es ist ein vorrangiges Ziel der rheinland-pfälzischen Familienpolitik, die strukturellen Bedingungen nachhaltig so zu entwickeln, dass junge Menschen sich nach ihren Vorstellungen und Wünschen eine Familie, ohne Sorge vor Überforderung, erfüllen können. Die Freude an einem Leben mit Kindern muss in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft rücken und politisches Handeln zentral bestimmen.

Familienpolitische Maßnahmen wirken sich allerdings erst mittel- oder langfristig auf Geburtentrends aus. Und mindestens ebenso bedeutsam ist ein positives kinder-, jugend- und familienfreundliches Klima einer Gesellschaft.

Ziel der rheinland-pfälzischen Familienpolitik ist es, dem kindlichen und elterlichen Wohlbefinden zu dienen. Wir verbessern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Kinder und Familien so, dass Kinder gut aufwachsen können.

Die Forschung zeigt, dass das Wohlbefinden und die demografischen Ziele in Einklang miteinander stehen. Man kann es auf die Formel bringen: Wenn es Familien – gerade auch Mehrkindfamilien – gut geht und Eltern Wahlfreiheit empfinden, dann entscheiden sich auch mehr Menschen für Kinder.



Kinder haben ein Recht auf die bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung. Damit eng verbunden ist das Wissen von Eltern, in der Erziehung, Bildung und Betreuung ihrer Kinder unterstützt zu werden. In Rheinland-Pfalz besteht daher ein individueller Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit einer Vor- und Nachmittagsbetreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr. Krippen- und Hortplätze sowie Ganztagschulen ergänzen das Angebot.

Auch die rheinland-pfälzischen Familieninstitutionen sind wichtige Partnerinnen und Partner bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Infrastruktur vor Ort und tragen zu einem besseren Familienleben bei. Die Landesregierung fördert die wichtige Arbeit der Familieninstitutionen und trägt durch die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ dazu bei, dass die Angebote vor Ort sich vernetzen und ihre Profile schärfen und so gezielt die vor Ort erforderlichen Angebote entwickelt werden.

Frühe Hilfen bilden lokale und regionale Unterstützungssysteme für Eltern und Kinder und zielen darauf ab, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern in Familie und Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Neben alltagsnaher Unterstützung wollen Frühe Hilfen insbesondere einen Beitrag zur Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern leisten. Damit tragen sie maßgeblich zum gesunden Aufwachsen von Kindern bei.

Familien müssen Zeit füreinander haben, um Familie leben zu können. Viele Familien leiden unter Stress und Zeitnot: Um sie im Alltag zu unterstützen, hat Ministerin Spiegel im Rahmen ihrer Familieninitiative „*Familie – ein starkes Stück*“ einen Wettbewerb zur kommunalen Zeitpolitik gestartet. Inzwischen stehen die Siegerinnen und Sieger des ersten Wettbewerbs fest. Der Wettbewerb zur kommunalen Zeitpolitik, der konkrete Verbesserungen und Prozesse vor Ort anstößt, ist in dieser Form bundesweit einzigartig.

Entscheidend ist auch die soziale Sicherheit. Hier müssen wir endlich besser werden. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein – in keiner Familienform.

Und: Wir dürfen Kinder und Jugendliche nicht länger Armutsrisiken aussetzen. Seit über 40 Jahren reden wir darüber. Deshalb engagieren wir uns – auch im Rahmen der



Familieninitiative – für eine Kindergrundsicherung, durch die wir viele soziale Verwerfungen verhindern könnten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Landesregierung unterstützt und stärkt Familien und geht dabei auf aktuelle Herausforderungen ein. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein familienfreundliches Land bleibt.